

Weiterbildungsoffensive statt weiterer Kürzungen



von Reiner Hammelrath,
Direktor des Landesverbandes der Volkshochschulen von NRW

Der Entwurf des Landeshaushalts 2006 der Landesregierung sieht vor, die Förderung nach dem Weiterbildungsgesetz (WbG) um 20 % gegenüber dem Förderanspruch nach dem WbG des Jahres 2000 zu kürzen. Damit würde nicht nur die zeitlich befristete und Ende 2005 auslaufende Kürzung um 15 % weitergeführt, sondern sogar um zusätzliche 5 % erhöht. In diesem Fall hätten die Weiterbildungseinrichtungen in der Zeit von 2003 bis 2006 rd. 66 Mio. Euro an Landesförderung verloren, wobei knapp die Hälfte dieses Betrages auf die 139 kommunalen Volkshochschulen entfällt.

Die neuerliche Kürzung um gut 4,7 Mio. Euro würde die bereits eingetretenen negativen Auswirkungen früherer Kürzungen weiter verstärken. Diese negativen Konsequenzen bestehen vor allem in der Reduzierung des Weiterbildungsangebots, in rückläufigen Teilnahmezahlen, im Personalabbau sowie in der Schließung von Einrichtungen.

Darüber hinaus stünde eine weitere Kürzung in krassem Gegensatz zur Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP vom 20.6.2005, in der es unter anderem heißt: „Dem Bereich der Weiterbildung kommt in Zukunft eine hohe Bedeutung zu. Wir verstehen den Bereich der Weiterbildung als vierte Säule unseres Bildungswesens. Wir

wollen die Angebote der Weiterbildung evaluieren und eine verlässliche Grundförderung des Landes gewährleisten.“

Sie steht ebenso in krassem Widerspruch zur Rede von Frau Ministerin Sommer bei der 11. Weiterbildungskonferenz NRW am 23.11.2005, auf der sie unter anderem ausführte, „Bildung hat für die Landesregierung Priorität. Das bezieht sich auch auf Weiterbildung, für die das Land eine verlässliche Grundförderung gewährleisten will.“

Wenn die Landesregierung die Weiterbildung stärken will, dann kann es nicht um weitere Kürzungen gehen, sondern nur um deren Rücknahme.

Da dies von der damaligen CDU-Fraktion noch im April 2005 im Landtag gefordert wurde, wird die politische Glaubwürdigkeit von Regierungskoalition und Landesregierung an der Einhaltung dieser Zusage zu messen sein.

Angesichts der wachsenden Bedeutung des lebenslangen Lernens bei gleichzeitigem Rückgang der Weiterbildungsbeteiligung, fordern die Volkshochschulen und die anderen Weiterbildungseinrichtungen und ihre Verbände die Landesregierung zu einer landesweiten Weiterbildungsoffensive auf.

Ziel einer solchen Offensive ist, in einer gemeinsamen Kampagne von Land, Verbänden und Einrichtungen die Weiterbildungsbereitschaft und -beteiligung der Menschen zu steigern. Denn Weiterbildung fördert die Teilhabe am politischen und kulturellen Leben, verbessert die beruflichen Qualifikationen und die Beschäftigungsfähigkeit, erhöht die Chancen benachteiligter Gruppen und sichert auch die Zukunft des Wirtschaftsstandortes NRW.

Die Volkshochschulen und die anderen Einrichtungen bieten ihre aktive Mitwirkung bei einer Weiterbildungsoffensive an. Jetzt ist die Landesregierung gefordert.

Jugendverbände in NRW sehen „Wortbruch“ von CDU und FDP

Der NRW-Landesjugendring (LJR) will zur gesetzlichen Absicherung der Kinder- und Jugendförderung erneut eine Volksinitiative starten. Mit seinem Vorstoß will der LJR die "Einhaltung und volle Umsetzung" der gesetzlichen Kinder- und Jugendförderung in NRW durchsetzen, so LJR-Geschäftsführer, Wilhelm Müller, gegenüber der Katholischen Nachrichtenagentur.



Die 22 Mitgliedsverbände des LJR, in denen landesweit über 2 Millionen Jugendliche organisiert sind, planen für die nächsten Wochen bunte Protestaktionen. So wollen sie Landtagsabgeordneten zur Erinnerung an ihre Versprechen Taschentücher mit einem Knoten darin überreichen. Anlass für die erneute Volksinitiative ist die

Ankündigung der Landesregierung, das am 1. Januar dieses Jahres erstmals in Kraft getretene Kinder- und Jugendfördergesetz wegen des anstehenden Sparhaushaltes wieder streichen zu wollen. Darin ist die jährliche Förderung der Kinder- und Jugendverbände auf 96 Millionen Euro festgeschrieben.

Bereits dieses Gesetz war 2004 durch eine Volksinitiative der Jugendverbände auf den Weg gebracht worden. Seinerzeit hatten auch die heutigen Regierungsparteien CDU und FDP das Vorhaben massiv unterstützt. Mitte Januar hatte das Landeskabinett jedoch beschlossen, die Landesmittel bei den bisherigen 75 Millionen Euro zu belassen. Damit müsste bei der Verabschiedung des Haushalts 2006 auch das Kinder- und Jugendfördergesetz geändert werden. Die Jugendverbände sehen darin einen "Wortbruch" von CDU und FDP.

Weitere Informationen zur Volksinitiative können im Internet unter www.ljr-nrw.de abgerufen werden.

Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung: Raus aus der Region - Rein in den Zentralismus



Ein Beitrag von **Norbert Römer Mdl**

ist dies die Kammeralisierung der Wirtschaftsförderung, die Zerschlagung kommunal gewachsener Strukturen. Die Korrosion dieser Netzwerke wäre verheerend. Wir stehen mit dieser Einschätzung nicht allein. NRW-Wirtschaftsförderer sprachen sich auf einer Veranstaltung der Landtagsfraktion klar für das erfolgreiche Konzept der kommunalen Netzwerke aus. Ministerin Thoben sprach daraufhin nicht mehr von Gründungsagenturen und läutete die nächste Gesprächsrunde ein. Bis heute ohne Ergebnis. Die Landesregierung ist nicht in der Lage, ein Konzept zu erarbeiten.

Wir werden nicht zusehen, wie die Regionen aus der aktiven Förderpolitik gekickt werden. In der Haushaltsdebatte werden wir klar machen, dass wir eine zentralisierte, bei der IHK angesiedelte Wirtschaftsförderung ablehnen. Die Kommunen sollen die zentrale Anlaufstelle vor Ort bleiben. So fühlen sich die Kommunen für "ihre" Unternehmen verantwortlich. Die Gewerbesteuer darf nicht das einzige Band sein, das Wirtschaft und Gemeinde verbindet.

Die Wirtschaftspolitik der schwarz-gelben Landesregierung ist konzeptionslos. Besonders betroffen: die Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Bislang sind sie die Eckpfeiler der Gründungsberatung vor Ort. Sie sollen ihre Aufgaben auf Gründungsagenturen übertragen, die zentral von der IHK organisiert werden. Laut Ministerin Thoben würde damit Wirtschaftsförderung aus einer Hand betrieben. Aus unserer Sicht



Simulierte Frauenpolitik

62 Frauenhäuser in NRW müssen nach den Beratungen der CDU/FDP-Regierung in NRW mit Kürzungen von rund 30% rechnen. „Mindestens für je eine der dort arbeitenden Sozialarbeiterinnen kann dies zum Rutsch in die Arbeitslosigkeit führen“, so Gerda Kieninger, Frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. Weitere Kürzungen stehen an bei Krebsberatungsstellen - die gar nicht mehr finanziert werden sollen - ebenso wie die Landesfachstelle autonomer Frauen- und Mädcheneinrichtungen gegen Gewalt NRW in Dortmund und die Koordinationsstellen „Frau und Gesundheit“ mit Sitz in Köln und Bad Salzuflen. Die Zuschüsse der Mädchenberatungsstellen für Opfer häuslicher und sexueller Gewalt werden um 16% gekürzt. Die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros muss ebenfalls drastische Einbußen hinnehmen. Gerda Kieninger: „Hier sollen Infrastruktur und Netzwerke zerstört werden – das ist eindeutig. Welche Trümmer hinterlassen werden, wird man wohl erst in einigen Jahren sehen, wenn immer mehr Mädchen und Frauen mit ihren Hilfe-



wünschen keine Ansprechpartnerinnen mehr finden werden. Weiß der zuständige Minister eigentlich, dass 53 Prozent der Frauen, die in Frauenhäusern Schutz suchen, massiv von Zwangsverheiratung und Ehrenmorden bedroht sind?“ Bei der neuen Landesregierung wird gerade bei Interessen von Frauen „Politik eben nur simuliert“.